

Liebe Menschen,

die Finanzierung deutscher Kommunen ist so geregelt, dass die Gewerbesteuer eine entscheidende Rolle für die Einnahmen spielt, die der Kommune Handlungsspielraum verschaffen. Dies führt zur Konkurrenz zwischen Kommunen, die um Unternehmen auf Standortsuche buhlen und zur Abhängigkeit der Kommunen von privatwirtschaftlichen Unternehmen und deren Interesse sich in der Kommune anzusiedeln.

Kommunen müssen vor dem Regierungspräsidium Rechenschaft für ihre Haushaltsplanung ablegen. Dazu kommt die Prüfung durch den Landesrechnungshof, die wir heute auch noch zur Kenntnis nehmen wollen. Sind die Ausgaben zu hoch im Vergleich zu den Einnahmen, wird die Kommune aufgefordert ihre Ausgaben zu senken, vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen und ihre Einnahmen zu erhöhen, z.B. indem sie eine höhere Grundsteuer oder höhere Elternbeiträge für die Kinderbetreuung verlangt. Das sind nur einige Beispiele für Vorschläge des Landesrechnungshofs wie sich das Haushaltsergebnis verbessern ließe, sollte die Stadt einmal in finanzielle Schieflage geraten.

In Marburg liegen die Einnahmen durch die Gewerbesteuer weit vor den Einnahmen durch die Grundsteuer oder den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Es sind besonders die Gewerbesteuereinnahmen, die es der Stadt Marburg ermöglichen diverse freiwillige Leistungen anzubieten, Schülern zu subventionieren, überdurchschnittliche Personalschlüssel für die Kinderbetreuung bereitzustellen und viele andere Dinge, auf die sicher niemand in dieser Stadt verzichten möchte.

Und wir haben noch viel vor uns. Wir wollen in Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen investieren, in die Schulgebäude und in städtische Gesellschaften wie die GeWoBau, deren Aufgabe es ist bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. So können wir uns langfristig auch nicht auf den Millioneneinnahmen der letzten Jahre ausruhen.

Natürlich wäre es schön, wenn wir alles was wir uns für die Stadt wünschen, umsetzen könnten ohne darauf angewiesen zu sein, dass private Unternehmen ihre Standorte im Stadtgebiet errichten und hier Gewerbesteuer bezahlen. Persönlich finde ich auch, dass engagierte Bürger*innen gerne mal darüber nachdenken können wie die Finanzierung der Kommunen anders geregelt werden kann. Doch darüber können wir jetzt hier nicht entscheiden.

Unter den gegebenen Bedingungen brauchen wir also das Gewerbe. Gleichzeitig wollen wir die Flächenversiegelung und den Gebäudeneubau so stark wie möglich begrenzen, um Klima und Natur zu schützen und den Verlust von landwirtschaftlichen Flächen zu bremsen. Die Pharmaindustrie bietet viele gute Arbeitsplätze und ein hohes Gewerbesteueraufkommen auf vergleichsweise geringer Fläche. Sie ist deswegen anderen Gewerbearten vorzuziehen und zudem in Marburg bereits gut etabliert. Aus diesem Grund ist es sinnvoll auch für die Zukunft auf den Pharmastandort zu setzen. Görzhausen I und II bieten noch Verdichtungspotenziale, die eine effizientere Flächennutzung ermöglichen. Bei einer Bebauung der von Biontech reservierten Fläche Görzhausen III würden die „Leitlinien zum klimaneutralen und sozialverträglichen Bauen“ zum Tragen kommen, die eine klimaverträgliche Bauweise, die Nutzung von erneuerbaren Energien und einen sparsamen Wasserverbrauch fordern.

Durch den Grundsatzbeschluss für eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete aktive, sozialgerechte, nachhaltige und klimaneutrale Boden- und Liegenschaftspolitik wird sichergestellt, dass die Stadt im Außenbereich im Besitz aller Flächen sein muss, bevor ein

neues Baugebiet ausgewiesen wird. Somit sichern wir auch für zukünftige Baugebiete, dass die Baustandards der Stadt durchgesetzt werden können.

Gleichzeitig bedeutet die Erkundung möglicher Flächen für Görzhausen IV nicht, dass die Fläche auch bebaut wird. Im Stadtgebiet sollte auf die Umnutzung und Verdichtung bereits versiegelter Flächen gesetzt werden und nicht auf die Bebauung neu ausgewiesener Gewerbegebiete. Jedoch macht die Vorhaltung einer möglichen Gewerbefläche Marburg als Standort interessant und Interessenten für Görzhausen IV könnten sich letztendlich in interkommunalen Gewerbegebieten ansiedeln, die bereits als Gewerbegebiet ausgewiesen sind, beispielweise in Lahntal.

Dass die Michelbacher*innen ein Gewerbegebiet nicht direkt vor der Haustür haben wollen, ist verständlich. Genauso geht es auch den Bürger*innen anderer Stadtteile, z.B. in Moischt. Um den Menschen in Michelbach diese Angst zu nehmen, wollen wir der Anregung des Ortsbeirats folgen und ergänzend zu der Vorlage beschließen, dass vermieden werden soll, dass das Gewerbegebiet näher als Görzhausen III an die Wohnbebauung heranrückt.